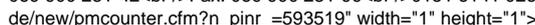




Merkel und Juncker nutzen G7-Bühne für Stimmungsmache gegen Griechenland

Merkel und Juncker nutzen G7-Bühne für Stimmungsmache gegen Griechenland
Erpressung Griechenlands beenden / Schuldenkonferenz nötig / Demo am 20. Juni
Attac wirft EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, den G7-Gipfel als Bühne zu nutzen, um Stimmung gegen die griechische Regierung zu machen. Das globalisierungskritische Netzwerk fordert, die Erpressung Griechenlands zu beenden und eine europäische Schuldenkonferenz einzuberufen.
Gemeinsam mit Bündnispartnern ruft Attac für den 20. Juni zu einer Demonstration unter dem Motto "Europa. Anders. Machen." in Berlin auf.
In Vier-Augen-Gesprächen mit dem US-Präsidenten und seinen nicht europäischen Amtskollegen rechtfertigt Merkel die Kürzungsdiktate für Griechenland als alternativlos. Juncker derweil stellt den griechischen Premier Alexis Tsipras als unzuverlässigen Schulbuben dar, der allen pädagogischen Bemühungen zum Trotz seine Hausaufgaben nicht macht. Die beiden tun alles, um die griechische Regierung und ihre Politik in den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren", sagte Werner Rätz vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. "Verantwortungslos ist aber nicht der Widerstand der griechischen Regierung gegen das Spardiktat, sondern die von Merkel und Juncker forcierte Kürzungspolitik. Sie stürzte Millionen Menschen in Armut und würgt jede wirtschaftliche Entwicklung abwärts."
Die Gläubiger Griechenlands - EU-Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF) - fordern von der griechischen Regierung unter anderem weitere Einschnitte bei den Renten als Bedingung für die Auszahlung der dritten Rate des so genannten Hilfspaketes. Erhält Griechenland das Geld nicht und der IWF besteht auf der Rückzahlung von etwa 1,6 Milliarden Euro am 30. Juni, droht dem Land Ende des Monats die Staatspleite.
Attac fordert ein sofortiges Moratorium für Zahlungen Griechenlands an den IWF und andere Gläubiger, bis bei einer europäischen Schuldenkonferenz die Verbindlichkeiten Griechenlands und anderer Länder überprüft worden sind. Alexis Passadakis von Attac: "Ein Schuldenerlass ist unumgänglich. Das wissen auch Juncker und Merkel. Ihnen geht es allein darum, Griechenland zuvor noch so viele neoliberale Reformen wie möglich abzupressen. Die Politik der neuen griechischen Regierung darf auf keinen Fall als erfolgreiche Alternative zum neoliberalen Spardiktat Vorbildcharakter bekommen."
Weitere Informationen: www.attac.de/europa-anders-machen www.attac.de/g7
Für Rückfragen und Interviews: Werner Rätz, Attac-Koordinierungskreis, Tel. 0170 5217 261
Alexis J. Passadakis, Attac-Projektgruppe Eurokrise, Tel. 0170 2684 445
Frauke Distelrath, Pressesprecherin Attac Deutschland
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M
Tel.: 069 900 281-42
Fax: 069 900 281-99
0151 6141 0268
Mail: presse@attac.de


Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen - wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.